

# **Arbeitsbeziehungen und Europäische Grundfreiheiten**

**Schriften zur Europäischen Rechtswissenschaft /  
European Legal Studies / Etudes juridiques européennes**

herausgegeben

im European Legal Studies Institute, Osnabrück  
von Christian von Bar

im Molengraaff Institute for Private Law, Utrecht  
von Ewoud Hondius

im Centre for the Studies of European Contract Law, Amsterdam  
von Martijn W. Hesselink

im Institute of European and Comparative Law, Oxford  
von Stefan Vogenauer

im Institut für Zivilrecht, Ausländisches und Internationales Privatrecht, Graz  
von Brigitta Lurger

Band 16 / Volume 16 / Volume 16

# Arbeitsbeziehungen und Europäische Grundfreiheiten

Eva Maria Tscherner

**s|e|l|p**

sellier european law publishers

© sellier european law publishers  
[www.sellier.de](http://www.sellier.de)

**Gedruckt mit Unterstützung**  
der Universität Graz,  
des Landes Steiermark und  
der Dr. Alois Mock Europa-Stiftung.

ISBN (print) 978-3-86653-234-2  
ISBN (eBook) 978-3-86653-972-3

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2012 by sellier european law publishers GmbH, München.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Herstellung: Karina Hack, München. Satz: fidus Publikations-Service GmbH, Nördlingen. Druck und Bindung: AZ Druck und Datentechnik GmbH, Kempten. Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier. Printed in Germany.

## Vorwort

Arbeit ist ein wesentlicher Integrationsfaktor. Bereits vor der momentanen Krise zeigte sich in den EuGH-Entscheidungen Viking, Laval, Ruffert und Kommission/Luxemburg, welche vielschichtigen Fragen die Realisierung des Binnenmarktes aufwirft. Der Blick war dabei insbesondere auf die Gewährleistung der unternehmerischen Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit im Zusammenhang mit der Entsendung von ArbeitnehmerInnen und Arbeitskämpfen gerichtet. Dass diese Themen heute aktueller sind denn je, zeigt sich daran, dass die Europäische Kommission im März 2012 einen Richtlinienvorschlag zur Durchsetzung der Entsende-Richtlinie sowie einen Verordnungsvorschlag über die Ausübung des Rechts auf Durchführung kollektiver Maßnahmen im Kontext der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit vorgelegt hat. Da die Europäische Union nach wie vor keine Harmonisierungskompetenz für das Arbeitsentgelt sowie Arbeitskämpfe hat und der Binnenmarkt durch Aufnahme neuer Mitgliedstaaten immer noch wächst, ist zu erwarten, dass die im Rahmen dieser Monographie behandelten Problemstellungen auch in Zukunft von großer praktischer Bedeutung sein werden.

Die dieser Monographie zugrundeliegende Dissertation wurde bisher mit mehreren wissenschaftlichen Preisen ausgezeichnet, nämlich einem Award of Excellence 2011 des österreichischen Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, einem Best of Rewi Award 2011 der Karl-Franzens-Universität Graz, einem Dr. Maria Schaumayer Preis 2011, einem Josef Krainer Förderungspreis 2012, einem Leopold Kunschak-Wissenschaftspreis 2012 sowie einem Dr. Alois Mock-Wissenschaftspreis 2012. Über diese Anerkennung freue ich mich sehr.

Besonderer Dank gilt den beiden Betreuern der Dissertation. Erstbetreuerin war Univ.-Prof. Dr. Brigitta Lurger, LL.M. (Harvard), Karl-Franzens-Universität Graz, die mich auf das Thema aufmerksam gemacht hat und deren Führungsstil mir das Verfassen einer Dissertation während meiner vierjährigen Assistentenzeit an dieser Universität ermöglicht hat. Ich bin sehr glücklich darüber, auch in Zukunft an ihrem Lehrstuhl mitarbeiten zu dürfen. Die Zweitbegutachtung hat Univ.-Prof. Dr. Abbo Junker, Zentrum für Arbeitsbeziehungen und Arbeitsrecht (ZAAR) der Ludwigs-Maximilians-Universität München übernommen. Ihm bin ich insb. dafür dankbar, dass ich ein Monat lang am ZAAR forschen durfte sowie dass die staatenübergreifende Betreuung derart reibungslos funktioniert hat.

Bedanken möchte ich mich außerdem bei meiner Familie und jenen Freunden, die zum Gelingen meiner Dissertation beigetragen haben. Hervorzuheben ist dabei mein lieber Freund Dr. Hartwig Gerhartinger, dessen

umfassende Unterstützung mir eine große Hilfe war und ist. Außerdem möchte ich mich bei meinen Kollegen MMag. Martina Melcher, Mag. Christoph Krenn und Dr. Christoph Zehetgruber sowie bei Frau Monika Lammer, die mir die Drucklegung der Arbeit wesentlich erleichtert hat, sehr herzlich bedanken.

Graz, im Juli 2012

*Eva Tscherner*

# Kurzinhaltsverzeichnis

1	Einleitung	15
1.1	Problemstellung	15
1.2	Ziel und Aufbau der Arbeit	18
1.3	Begriffsdefinitionen	23
2	Internationales Privatrecht der Arbeitsbeziehungen	25
2.1	Kollisionsrecht für Individualarbeitsverträge	27
2.2	Kollisionsrecht für Arbeitskämpfe	120
2.3	Zusammenfassung Kollisionsrecht für Arbeitsbeziehungen	140
3	Darstellung der Entscheidungen	142
3.1	Rechtssache Viking	142
3.2	Rechtssache Laval	179
3.3	Rechtssache Rüffert	221
3.4	Rechtssache Kommission/Luxemburg	245
3.5	Zusammenfassende und vergleichende Würdigung der Entscheidungen	255
4	Die Entsenderichtlinie nach der Rsp des EuGH	257
4.1	Auslegung der Entsenderichtlinie	257
4.2	Reichweite der Entsenderichtlinie	266
4.3	Zusammenfassung	281
5	Das Verhältnis zwischen Entsenderichtlinie und Dienstleistungsfreiheit	283
5.1	Fehlende unmittelbare Anwendbarkeit von Richtlinien zwischen Privaten	284
5.2	Anwendung der Dienstleistungsfreiheit in der Rechtssache Laval	288
5.3	Primärrechtsförderliche Auslegung der Entsenderichtlinie	291
5.4	Anwendbarkeit des Primärrechts bei Existenz einer konkretisierenden RL	293
5.5	Sekundärrechtsrespektierende Auslegung des Primärrechts	296
5.6	Anwendung der Primärrechts zwischen Privaten	299
5.7	Zusammenfassung	301
6	Bindung einer Gewerkschaft an die Personenverkehrsfreiheiten	302
6.1	Problemaufriss	304
6.2	Qualifizierung der Gewerkschaft(sföderation) als Private	312

6.3	Bindung Privater an die Niederlassungsfreiheit	313
6.4	Bindung Privater an die Warenverkehrsfreiheit?	324
6.5	Bindung Privater an die Dienstleistungsfreiheit	328
6.6	Haftung Privater für Grundfreiheitenbeschränkungen	329
6.7	Zusammenfassung	330
7	Das Unionsgrundrecht auf kollektive Maßnahmen	333
7.1	Das Arbeitskampfrecht auf Unionsebene	334
7.2	Europäischer Grundrechtsschutz vor dem Vertrag von Lissabon	338
7.3	Europäischer Grundrechtsschutz nach dem Vertrag von Lissabon	345
7.4	Zusammenfassung	364
8	Abwägung von Grundfreiheiten und Unionsgrundrechten	367
8.1	Der „Königsweg“ nach Schmidberger	369
8.2	Rechtfertigungsprüfung in den Rechtssachen Viking und Laval	373
8.3	Probleme bei der Rechtfertigung privater Eingriffe in die Grundfreiheiten	376
8.4	Rechtssache Kommission/Deutschland	381
8.5	Übertragung des (verbesserten) Abwägungsmodells auf Arbeitskämpfe	385
8.6	Zusammenfassung	387
9	Europa auf dem Weg zu einem Sozialmodell	391
9.1	Entwicklung der Unionskompetenz im Sozialrecht	391
9.2	Europäisches Sozialmodell?	396
9.3	Auswirkungen der Entscheidungen auf das Europäische Sozialmodell	399
9.4	Auswirkungen der E Viking und Laval auf nationale Arbeitskämpfe	407
9.5	Zusammenfassung	412
10	Zusammenfassung	414

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Kurzinhhaltsverzeichnis	1
Inhaltsverzeichnis	3
Abkürzungsverzeichnis	11
1 Einleitung	15
1.1 Problemstellung	15
1.2 Ziel und Aufbau der Arbeit	18
1.3 Begriffsdefinitionen	23
2 Internationales Privatrecht der Arbeitsbeziehungen	25
2.1 Kollisionsrecht für Individualarbeitsverträge	27
2.1.1 Art 8 Rom I-VO	27
2.1.1.1 Anwendungsbereich der Rom I-VO	27
2.1.1.2 Rechtswahlmöglichkeit und Günstigkeitsvergleich	29
2.1.1.3 Objektives Arbeitsstatut	33
2.1.1.3.1 Ort, an dem ein AN seine Arbeit für gewöhnlich verrichtet	34
2.1.1.3.2 Ort, von dem aus ein AN seine Arbeit für gewöhnlich verrichtet	35
2.1.1.3.3 Gewöhnlicher Arbeitsort und vorübergehende Entsendung	38
2.1.1.3.4 Rumpf- und Lokalarbeitsverhältnisse	40
2.1.1.3.5 Einstellungsniederlassung	43
2.1.1.3.6 Ausweichklausel der engeren Verbindung	45
2.1.1.4 Eingriffsnormen (Art 9 Rom I-VO)	46
2.1.1.4.1 Eingriffsnormen des Erfüllungsstaates	48
2.1.1.4.2 Eingriffsnormen der lex fori	50
2.1.1.4.3 Verhältnis zwischen Art 8 und 9 Rom I-VO	51
2.1.1.4.4 Verhältnis zwischen Rom I-VO und Entsenderichtlinie	52
2.1.1.5 Zusammenfassung	57
2.1.2 Die Entsenderichtlinie	58
2.1.2.1 Entstehungsgeschichte	58
2.1.2.2 Anwendungsbereich der Entsenderichtlinie	65
2.1.2.3 Art 3 Entsenderichtlinie	69
2.1.2.4 Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten	75
2.1.2.5 Gerichtliche Zuständigkeit	75
2.1.2.6 Verhältnis zur Dienstleistungsrichtlinie	78
2.1.2.7 Verhältnis zur Leiharbeitsrichtlinie	79
2.1.2.8 Einsetzung eines Expertenausschusses	80

2.1.2.9	Konsultationen zur Überarbeitung der Entsenderichtlinie	82
2.1.2.10	Kommissionsvorschläge aus März 2012	84
2.1.2.10.1	ArbeitskampfVO	84
2.1.2.10.2	DurchsetzungsRL	86
2.1.2.11	Die Umsetzung der Entsenderichtlinie in Österreich	88
2.1.2.11.1	§ 7b Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz	88
2.1.2.11.2	Eingriffsnormen	91
2.1.2.11.3	Auftraggeber- und Generalunternehmerhaftung	92
2.1.2.11.4	RL 91/533/EWG	96
2.1.2.11.5	Montageprivileg	99
2.1.2.11.6	Überwachungsmaßnahmen	101
2.1.2.11.6.1	Die Rs Santos Palhota	101
2.1.2.11.6.2	Beurteilung der österreichischen Rechtslage im Lichte der Rs Santos Palhota	104
2.1.2.11.6.3	Neuregelung durch das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz	104
2.1.2.11.7	Verwaltungszusammenarbeit innerhalb der EU und Pflicht zur Bekanntmachung von Kollektivverträgen	111
2.1.2.11.8	§ 4 Abs 1 Z 1 lit e Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz	111
2.1.2.11.9	§ 7a Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz	113
2.1.2.11.10	§ 7 Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz	114
2.1.2.11.11	Arbeitskräfteüberlassungsgesetz	114
2.1.2.12	Zusammenfassung Entsenderichtlinie und Umsetzung in Österreich	115
2.1.3	Zusammenfassung Kollisionsrecht für Individualarbeitsverträge	118
2.2	Kollisionsrecht für Arbeitskämpfe	120
2.2.1	Vorgeschichte und Anwendbarkeit von Art 9 Rom II-VO	121
2.2.2	Reichweite des Arbeitskampfdeliktsstatuts	122
2.2.3	Anknüpfung an den Arbeitskampfort	125
2.2.4	Ein Schiff als Kampfort?	128
2.2.5	Fälle des Abweichens von der objektiven Anknüpfung	129
2.2.6	Der Begriff der Arbeitskampfmaßnahme	130
2.2.7	Der Schadensbegriff	132
2.2.8	Einheitliche Anknüpfung vertraglicher und deliktischer Haftung aus Arbeitskämpfen?	133
2.2.9	Die Rechtmäßigkeit des Arbeitskampfes	135
2.2.10	Anknüpfung grenzüberschreitender Sympathiemaßnahmen	136
2.2.11	Zusammenfassung Kollisionsrecht für Arbeitskämpfe	138
2.3	Zusammenfassung Kollisionsrecht für Arbeitsbeziehungen	140
3	Darstellung der Entscheidungen	142
3.1	Rechtssache Viking	142
3.1.1	Einführende Bemerkungen zum Kampf gegen Billigflaggen	142

3.1.2	Sachverhalt der Rechtssache Viking	143
3.1.3	Schlussanträge des Generalanwaltes <i>Poiares Maduro</i>	145
3.1.3.1	Zur Anwendbarkeit der Niederlassungsfreiheit	146
3.1.3.2	Kann sich Viking gegenüber FSU und ITF auf die Niederlassungsfreiheit berufen?	149
3.1.3.2.1	Zur Verpflichtung von Privaten durch die Niederlassungsfreiheit	149
3.1.3.2.2	Welche Handlungen Privater sind von der Niederlassungsfreiheit erfasst?	151
3.1.3.2.3	Einschränkung der Privatautonomie durch Drittwirkung der Niederlassungsfreiheit?	152
3.1.3.3	Kollektive Maßnahmen als diskriminierende Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit und Rechtfertigung	153
3.1.3.4	Zusammenfassung und Würdigung der Schlussanträge	155
3.1.4	Entscheidung in der Rechtssache Viking	156
3.1.4.1	Abweichungen von den Schlussanträgen	156
3.1.4.2	Vorbemerkungen	157
3.1.4.3	Zur Anwendbarkeit der Niederlassungsfreiheit	157
3.1.4.3.1	Kollektive Maßnahmen als Bestandteil der Koalitionsfreiheit und als Druckmittel zum Abschluss von Kollektivverträgen	158
3.1.4.3.2	Art 137 Abs 5 EGV (Art 153 Abs 5 AEUV)	158
3.1.4.3.3	Anerkennung des Gemeinschaftsgrundrechts auf Durchführung einer kollektiven Maßnahme einschließlich des Streikrechts	159
3.1.4.3.4	Keine Bereichsausnahme für Kollektivverträge	161
3.1.4.4	Zur unmittelbaren Bindung Privater an die Niederlassungsfreiheit	162
3.1.4.5	Zum Vorliegen einer Beschränkung und zu ihrer Rechtfertigung	166
3.1.4.6	Zusammenfassung der Entscheidung in der Rechtssache Viking	170
3.1.5	Ausgang des nationalen Verfahrens	172
3.1.6	Auswirkungen auf die Wegzugsfreiheit der Unternehmen im Rahmen der Niederlassungsfreiheit	172
3.1.7	Zusammenfassung	177
3.2	Rechtssache Laval	179
3.2.1	Das schwedische Modell der Arbeitsbeziehungen	179
3.2.2	Sachverhalt der Rechtssache Laval	182
3.2.3	Schlussanträge des Generalanwaltes <i>Paolo Mengozzi</i>	184
3.2.3.1	Zur Anwendbarkeit des Gemeinschaftsrechts	185
3.2.3.1.1	Art 137 Abs 5 EGV (Art 153 Abs 5 AEUV)	185
3.2.3.1.2	Anerkennung des Gemeinschaftsgrundrechts auf kollektive Maßnahmen	185

3.2.3.2	Zur Zulässigkeit des Vorabentscheidungsersuchens	189
3.2.3.3	Zum Verhältnis zwischen der Entsenderichtlinie und Art 49 EGV (Art 56 AEUV)	190
3.2.3.4	Prüfung der schwedischen Rechtslage anhand der Entsenderichtlinie	192
3.2.3.5	Prüfung der schwedischen Rechtslage anhand von Art 49 EGV (Art 56 AEUV)	194
3.2.3.6	Zusammenfassung und Würdigung der Schlussanträge	195
3.2.4	Entscheidung in der Rechtssache Laval	196
3.2.4.1	Abweichungen von den Schlussanträgen	196
3.2.4.2	Verstoß der kollektiven Maßnahmen gegen die Dienstleistungsfreiheit	197
3.2.4.2.1	Auslegung der EntsenderRL und Prüfung der schwedischen Umsetzung	199
3.2.4.2.1.1	Prüfung der Umsetzung von Art 3 Abs 1 lit c EntsenderRL (Mindestlöhne)	200
3.2.4.2.1.2	Prüfung nationaler Regeln bezügl qualitativ und thematisch über die Entsenderichtlinie hinausgehender Aspekte	201
3.2.4.2.1.2.1	Zur Auslegung von Art 3 Abs 7 Entsenderichtlinie	202
3.2.4.2.1.2.2	Zur Auslegung von Art 3 Abs 10 Spiegelstrich 1 Entsenderichtlinie	204
3.2.4.2.2	Prüfung der kollektiven Maßnahmen anhand von Art 49 EGV (Art 56 AEUV)	205
3.2.4.2.2.1	Erneute Anerkennung des Gemeinschaftsgrundrechts auf Durchführung kollektiver Maßnahmen	205
3.2.4.2.2.2	Unmittelbare Anwendbarkeit der Dienstleistungsfreiheit	206
3.2.4.2.2.3	Vorliegen einer Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit	207
3.2.4.2.2.4	Schutz der Arbeitnehmer des Mitgliedstaates der Dienstleistungserbringung gegen ein etwaiges Sozialdumping als zwingender Grund des Allgemeininteresses	207
3.2.4.2.2.5	Kollektive Maßnahmen bezügl qualitativ und thematisch über die Entsenderichtlinie hinausgehender Aspekte	208
3.2.4.2.2.6	Kollektive Maßnahmen bezügl der Lohnverhandlungen	209
3.2.4.3	Schwedisches Streikrecht als Diskriminierung von Dienstleistern	210
3.2.4.4	Zusammenfassung und Würdigung der Entscheidung in der Rechtssache Laval	211

3.2.5	Ausgang des nationalen Verfahrens: Horizontale Haftung auf europarechtlicher Grundlage	213
3.2.6	Änderungen im schwedischen und dänischen Arbeitsrecht	218
3.2.7	Zusammenfassung	219
3.3	Rechtssache Rüffert	221
3.3.1	Einführende Bemerkungen zu sogenannten Tarifreue- erklärungen	221
3.3.1.1	Tarifreueerklärungen und das (europäische) Vergaberecht	222
3.3.1.2	Tarifreueerklärungen und das europäische Entsende- bzw Dienstleistungsrecht	224
3.3.1.3	Tarifreueerklärungen und das deutsche Verfassungsrecht	225
3.3.2	Sachverhalt der Rechtssache Rüffert	226
3.3.3	Schlussanträge des Generalanwaltes <i>Yves Bot</i>	226
3.3.4	Zusammenfassung und Würdigung der Schlussanträge	230
3.3.5	Entscheidung in der Rechtssache Rüffert	230
3.3.5.1	Abweichungen von den Schlussanträgen	230
3.3.5.2	Ausführungen des EuGH	231
3.3.5.3	Zusammenfassung und Würdigung der Entscheidung in der Rechtssache Rüffert	233
3.3.6	Das aktuelle deutsche Arbeitsrecht	234
3.3.6.1	Tarifvertragsgesetz	234
3.3.6.2	Arbeitnehmer-Entsendegesetz	235
3.3.6.3	Gesetz zur Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen	239
3.3.6.4	Konsequenzen der Novellierungen nach Rüffert	240
3.3.7	Auswirkungen der Rechtssache Rüffert auf das europäische Vergaberecht	243
3.3.8	Zusammenfassung	244
3.4	Rechtssache Kommission/Luxemburg	245
3.4.1	Entscheidung in der Rechtssache Kommission/Luxemburg	245
3.4.1.1	Richtlinienverstoß wegen fehlender Ausdehnung der täglichen Höchstarbeits- und Mindestruhezeiten	245
3.4.1.2	Würdigung	246
3.4.1.3	Automatische Anpassung von Ist-Löhnen an die Entwicklung der Lebenserhaltungskosten	247
3.4.1.4	Würdigung	248
3.4.1.5	Europarechtlich harmonisierte Aspekte, die nicht in Art 3 Abs 1 Entsenderichtlinie genannt sind	248
3.4.1.6	Würdigung	250
3.4.1.7	Bestimmungen über Kollektivverträge	250
3.4.1.8	Würdigung	251
3.4.1.9	Unbestimmtheit der Überwachungsmaßnahmen	251
3.4.1.10	Würdigung	252
3.4.1.11	Notwendigkeit eines in Luxemburg ansässigen Ad-hoc- Vertreters	252

3.4.1.12	Würdigung	253
3.4.2	Zusammenfassung	254
3.5	Zusammenfassende und vergleichende Würdigung der Entscheidungen	255
4	Die Entsenderichtlinie nach der Rsp des EuGH	257
4.1	Auslegung der Entsenderichtlinie	257
4.1.1	Ziele der Entsenderichtlinie	257
4.1.2	Art 3 Abs 1 Entsenderichtlinie	258
4.1.3	Art 3 Abs 7 Entsenderichtlinie	260
4.1.4	Art 3 Abs 10 Spiegelstrich 1 Entsenderichtlinie	261
4.1.5	Art 3 Abs 1 iVm 8 Entsenderichtlinie	263
4.1.6	Art 5 Entsenderichtlinie	264
4.1.7	Überwachungsmaßnahmen	265
4.2	Reichweite der Entsenderichtlinie	266
4.2.1	Keine Mindestharmonisierungsrichtlinie	266
4.2.2	Maximalharmonisierungsrichtlinie?	273
4.2.3	Entsenderichtlinie als abschließende IPR-Regelung	275
4.3	Zusammenfassung	281
5	Das Verhältnis zwischen Entsenderichtlinie und Dienstleistungsfreiheit	283
5.1	Fehlende unmittelbare Anwendbarkeit von Richtlinien zwischen Privaten	284
5.2	Anwendung der Dienstleistungsfreiheit in der Rechtssache Laval	288
5.3	Primärrechtsförderliche Auslegung der Entsenderichtlinie	291
5.4	Anwendbarkeit des Primärrechts bei Existenz einer konkretisierenden RL	293
5.5	Sekundärrechtsrespektierende Auslegung des Primärrechts	296
5.6	Anwendung der Primärrechts zwischen Privaten	299
5.7	Zusammenfassung	301
6	Bindung einer Gewerkschaft an die Personenverkehrsfreiheiten	302
6.1	Problemaufriss	304
6.1.1	Die zunächst unterschiedliche Vorgehensweise des EuGH bei Personenverkehrsfreiheiten und der Warenverkehrsfreiheit	305
6.1.2	Unmittelbar horizontale Wirkung der Grundfreiheiten	310
6.2	Qualifizierung der Gewerkschaft(sföderation) als Private	312
6.3	Bindung Privater an die Niederlassungsfreiheit	313
6.3.1	Rsp zur Bindung Privater an die Niederlassungsfreiheit	314
6.3.2	Rechtssache Viking	317

6.3.2.1	Schaffen einer kollektiven Regelung als Anknüpfungspunkt	318
6.3.2.2	Rechtliche Autonomie der privaten Vereinigung oder Einrichtung	321
6.3.2.3	Zusammenfassung zur Bindung Privater an die Niederlassungsfreiheit nach Viking	323
6.4	Bindung Privater an die Warenverkehrsfreiheit?	324
6.5	Bindung Privater an die Dienstleistungsfreiheit	328
6.6	Haftung Privater für Grundfreiheitenbeschränkungen	329
6.7	Zusammenfassung	330
7	Das Unionsgrundrecht auf kollektive Maßnahmen	333
7.1	Das Arbeitskampfrecht auf Unionsebene	334
7.2	Europäischer Grundrechtsschutz vor dem Vertrag von Lissabon	338
7.2.1	Allgemeines	338
7.2.2	Das Gemeinschaftsgrundrecht auf Durchführung kollektiver Maßnahmen in den E Viking und Laval	339
7.3	Europäischer Grundrechtsschutz nach dem Vertrag von Lissabon	345
7.3.1	Art 6 EUV idF von 1.12.2009	345
7.3.2	Art 28 Grundrechte-Charta	347
7.3.3	Die Judikaturwende des EGMR in Bezug auf Art 11 EMRK	358
7.3.4	Auswirkungen der jüngsten Entwicklungen auf den Grundrechtsschutz in der EU	363
7.4	Zusammenfassung	364
8	Abwägung von Grundfreiheiten und Unionsgrundrechten	367
8.1	Der „Königsweg“ nach Schmidberger	369
8.2	Rechtfertigungsprüfung in den Rechtssachen Viking und Laval	373
8.3	Probleme bei der Rechtfertigung privater Eingriffe in die Grundfreiheiten	376
8.4	Rechtssache Kommission/Deutschland	381
8.5	Übertragung des (verbesserten) Abwägungsmodells auf Arbeitskämpfe	385
8.6	Zusammenfassung	387
9	Europa auf dem Weg zu einem Sozialmodell	391
9.1	Entwicklung der Unionskompetenz im Sozialrecht	391
9.2	Europäisches Sozialmodell?	396
9.3	Auswirkungen der Entscheidungen auf das Europäische Sozialmodell	399
9.3.1	Zur Abwägung von Grundrechten und Grundfreiheiten	399
9.3.2	Zur Auslegung der EntsendeRL	403

9.4 Auswirkungen der E Viking und Laval auf nationale Arbeitskampfrechte	407
9.5 Zusammenfassung	412
10 Zusammenfassung	414
Literaturverzeichnis	421
Judikaturverzeichnis	444
Anhänge	448
Art 6 Vorschlag für die Rom I-VO, KOM(2005) 650	448
Österreichisches Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz idgF	448
Österreichisches Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz idgF	458
Deutsches Tarifvertragsgesetz idgF	459
Deutsches Arbeitnehmer-Entsendegesetz idF v 1.1.1999	460
EGB: Vorschlag für ein Protokoll über den sozialen Fortschritt	461